

A2 Gemeinschaft lässt sich nicht verordnen - Strukturelle Probleme angehen statt über Dienstpflichten diskutieren

Gremium: Grüne Jugend Bremen

Beschlussdatum: 10.09.2025

Tagesordnungspunkt: 6 Weitere inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Forderungen nach Dienstpflichten geistern von der CDU bis zum Bundespräsidenten
2 seit Monaten durch die Debatten und Rufe nach der Wiedereinführung der
3 Wehrpflicht kommen von ganz Rechts sowieso.

4 Und jetzt ist es tatsächlich so weit: Ende August hat die Regierung das neue
5 Wehrdienstgesetz auf den Weg gebracht. Ab nächstem Jahr werden Jugendlichen, die
6 18 werden, Fragebögen zugeschickt. Diese verpflichten Männer ab dem Geburtsjahr
7 2008, Angaben zu Abschlüssen, Fitness und Bereitschaft zum Militärdienst zu
8 machen, auch alle anderen werden dazu angehalten.

9 Ab 2027 sollen für Männer dann auch Musterungen erforderlich sein. Der
10 Wehrdienst an sich soll zwar vorerst freiwillig bleiben, aber eine Verpflichtung
11 kann jederzeit per Gesetz vom Bundestag angeordnet werden, wofür bereits ein
12 unklar definierter Personalmangel reicht.

13 Am Wehrdienst ist nicht nur zu kritisieren, dass er sich mal wieder gegen junge
14 Menschen richtet, er ist auch ein weiterer Schritt hin zu mehr Militarisierung.
15 Wir werden daran gewöhnt, Militär als normalen Teil der Gesellschaft und Politik
16 zu sehen, wodurch zivile Lösungen und Friedenspolitik weiter an Bedeutung
17 verlieren.

18 Die Bundeswehr ist aber kein normaler Arbeitsplatz, sondern geprägt von
19 autoritären Machtstrukturen, sexualisierter Gewalt, Sexismus und
20 Rechtsextremismus. Gerade die Art, wie Macht in der Bundeswehr organisiert ist,
21 ist zutiefst undemokratisch. Sie ist ein Ort normalisierter Gewalt und toxischer
22 Männlichkeit. Schon bisher kommen die Strukturen der Bundeswehr nicht dagegen
23 an, was ein massiver Zuwachs nur verschlimmern wird.

24 Dabei hatten wir 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Die Schuldenbremse
25 wurde unter anderem für Verteidigungsausgaben ausgesetzt, jetzt bleiben für
26 junge Menschen nicht nur Schulden, sie müssen auch als Soldat*innen herhalten.
27 Die Bundeswehr scheitert nicht einfach am Mangel von Geld und jungen Menschen –
28 das System ist nicht schlecht ausgestattet, es ist kaputt. Die Beschaffungs- und
29 Besoldungssysteme blockieren die effiziente Nutzung der bestehenden
30 Möglichkeiten. Und selbst wenn man in der Aufrüstungslogik argumentieren wollte,
31 fehlen nicht junge Menschen, die nur für ein Jahr bleiben und eigentlich keinen
32 Bock haben, sondern Fachkräfte.

33 Auch ist die Möglichkeit, die Wehrpflicht auf FLINTA* auszuweiten, nicht etwa
34 ein Schritt zu mehr Gleichstellung, wie es uns verkauft wird (6), sondern
35 verschärft bestehende Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft. Frauen*
36 übernehmen bereits 44 % mehr unbezahlte Care-Arbeit (1). Sie nun auch noch für
37 „Verteidigung“ verantwortlich zu machen, bedeutet eine dreifache Belastung. Eine
38 Dienstpflicht für alle verteilt über das Leben von 18 bis zum Renteneintritt
39 würde dies verschärfen. Während Männer, die bereits einen Wehr- oder

40 Ersatzdienst geleistet haben, sich diesen anrechnen lassen könnten, würden
41 Frauen* nachträglich in die Pflicht genommen, obwohl sie besonders häufig in
42 sozialen und Pflegeberufen arbeiten.

43 Ebenso zeigen sich beim Thema Bezahlung der Auszubildenden enorme
44 Ungerechtigkeiten. Ab 2027 liegt das Einstiegsgehalt für Wehrdienstleistende bei
45 der Bundeswehr bei 2000 € netto, dazu kommen Unterkunft und Verpflegung, die
46 gestellt werden, sowie weitere Vergünstigungen wie kostenloses Bahnfahren und
47 Zuschüsse zum Führerschein. Gleichzeitig liegt das Durchschnittsgehalt in
48 Ausbildungen nur knapp über 1000 €, ohne zusätzliche Vergünstigungen. Stellen
49 wir Militär wirklich über Gesundheitsversorgung, Pflege oder Kinderbetreuung?
50 Dieses Ungleichgewicht wirft nicht nur Fragen nach gesellschaftlicher
51 Wertschätzung auf, sondern führt auch dazu, dass die Bundeswehr für
52 marginalisierte Jugendliche eine der wenigen Möglichkeiten ist, schnell
53 finanziell unabhängig zu werden. Für privilegierte Menschen ist der Wehrdienst
54 dagegen leichter abzulehnen, während andere aus finanziellen Gründen in ihrer
55 Wahlfreiheit eingeschränkt werden.

56 Dass CDU und Co. die Lösung gesellschaftlicher Probleme – von der
57 Verteidigungsfähigkeit bis zur Stabilisierung der Gesundheits- und Pflegesysteme
58 – gerne jungen Menschen überlassen ist kein Geheimnis. Ende März kam aber
59 tatsächlich von den bayerischen Grünen der Ruf nach einem verpflichtenden
60 „Freiheitsdienst.“ Diesen haben auch Stimmen der Bremer Grünen öffentlich mit
61 Zustimmung aufgegriffen.

62 Aber nicht nur die Verpflichtung für militärische Zwecke ist problematisch.
63 Allen Vorschlägen zur Einführung einer Dienstpflicht für die Lösung
64 struktureller Probleme ist gemein, dass sie gemeinschaftliche Aufgaben und
65 Versäumnisse auf Einzelne abwälzen. Der Fokus auf junge Menschen nimmt umso mehr
66 diejenigen in die Verantwortung, die für die Entstehung der Probleme am
67 wenigsten verantwortlich sind. Insbesondere für die überlasteten Pflege- und
68 Gesundheitssysteme soll eine Dienstpflicht Abhilfe schaffen; und auch
69 Organisationen im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz sollen durch zusätzliches
70 Personal abgesichert werden. Vorschläge variieren dabei zwischen einer
71 Dienstzeit von einem Jahr am Stück oder aufgeteilt auf beispielsweise die Zeit
72 zwischen dem 18. Geburtstag und dem Renteneintrittsalter.

73 Dabei verschärfen Dienstpflichten die bestehenden Ungerechtigkeiten und Hürden
74 für ehrenamtliches Engagement, die der Vierte Engagementbericht der
75 Bundesregierung von 2024 unterstreicht (2; 3). Zuallererst muss Engagement
76 bezahlbar sein. Das Taschengeld der Freiwilligendienste von maximal 644€, das in
77 der Realität häufig niedriger liegt, kommt nicht in die Nähe des
78 Existenzminimums und verwehrt so vielen den Zugang zum bestehenden Angebot.

79 Zeitmangel hält besonders diejenigen von Engagement ab, die familiäre Sorge- und
80 Pflegearbeit übernehmen. Auch hier belastet eine Dienstpflicht in einer
81 patriarchalen Gesellschaft FINTA*s also nur zusätzlich (1). Zuletzt resignieren
82 insbesondere junge Menschen von der Teilhabe an der Gesellschaft, weil sie ihre
83 Interessen ignoriert und sich als übergegangen wahrnehmen (4) – eine Dienstpflicht
84 nimmt massiv Selbstbestimmung über den eigenen Lebensweg vorweg.

85 Finanzielle und zeitliche Sorgen der Menschen treffen dabei zusammen mit der
86 bestehenden Unterfinanzierung zentraler gesellschaftlicher Stellen: Sowohl
87 potenzielle Einsatzstellen als auch die Trägerorganisationen der

88 Freiwilligendienste stehen häufig am Rande ihrer Kapazitäten, Freiwillige
89 angemessen betreuen zu können. Gleichzeitig müssen sich zivilgesellschaftliche
90 Organisationen und soziale Dienste regelmäßig gegen Kürzungen wehren und sind
91 vonseiten rechter Parteien zunehmend Zeit und Kraft raubenden Angriffen
92 ausgesetzt. Eine Dienstpflicht würde beispielsweise unzählige schlecht bezahlte
93 Arbeitskräfte ohne Ausbildung in die Gesundheits-, Pflege- und Sozialsektoren
94 drängen. In allen herrscht akuter Mangel an Fachkräften, den die Angestellten
95 momentan nur durch gesundheitsschädliche Überlastung auffangen. Statt ihnen die
96 Einarbeitung Verpflichteter aufzubürden, müssen sie nachhaltig entlastet werden.

97 Die politische Debatte über und der Aufbau von Strukturen zur Umsetzung und
98 pädagogischen Betreuung von Pflichtdiensten binden stattdessen Ressourcen und
99 Aufmerksamkeit. Somit sind auch Pflichtdienste jenseits der Wehrpflicht ein
100 massiver Eingriff in die Selbstbestimmung. Gleichzeitig lösen sie nicht die
101 Probleme, vor denen unsere Gesellschaft steht, sondern halten sie aufrecht,
102 während sie bestehende Ungerechtigkeiten verschärfen. Die Entwicklung
103 nachhaltiger und gerechter Problemlösungen für explodierende
104 Lebenshaltungskosten, überlastete Gesundheitssysteme und den Zusammenbruch des
105 Klimasystems wird ganz im Sinne der Konservativen und Rechten aus der Debatte
106 verdrängt.

107 Unsere Antwort auf die Debatte um eine Dienstpflicht ist der konsequente Ausbau
108 von Freiwilligendiensten und der Einsatz für dauerhafte, solidarische Lösungen.
109 Statt junge Menschen in eine Pflicht zu zwingen, müssen wir die
110 Rahmenbedingungen so verbessern, dass sich möglichst viele freiwillig dafür
111 entscheiden.

112 Das bedeutet, Angebote in ihrer Anzahl, Zugänglichkeit und Attraktivität massiv
113 auszubauen. Sie müssen allen, insbesondere jungen, Menschen ohne zusätzliche
114 Unterstützung offenstehen. Das aktuell kaum zum Leben reichende „Taschengeld“
115 muss in ein existenzsicherndes Freiwilligengeld ausgebaut werden. Ansonsten
116 festigen Jugendfreiwilligendienste die Privilegien von finanziell gut gestellten
117 Familien. Unterschiede in der Bezahlung zum Wehrdienst müssen reduziert werden,
118 um nicht-militärischem, zivilgesellschaftlichem Engagement angemessenere
119 Wertschätzung zukommen zu lassen. Die Einsatzstellen verdienen stabile,
120 verlässliche Finanzierung, die das Angebot von Dienstplätzen ermöglicht, aber
121 ihre Unabhängigkeit wahrt. Das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen für die
122 Bundestagswahl 2025 hat die richtige Richtung eingeschlagen: Es sieht den
123 Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienstplatz und entsprechenden Ausbau der
124 Bundesfreiwilligendienste vor (5).

125 Debatten, ob es nun sechs oder zwölf Monate sein sollen, am Stück oder
126 aufgeteilt, von aufgelösten Wehrämtern oder überlasteten
127 Freiwilligendienststrukturen koordiniert, zielen alle darauf ab, eine
128 unverantwortliche Idee möglichst störungsfrei umzusetzen. Neue Strukturen
129 aufzubauen lenkt ab davon, kaputte zu reparieren. Aufgabe der Grünen muss sein,
130 den politischen Diskurs wieder zu öffnen für strukturelle Lösungen.

131 Deshalb ist die Position der Grünen Bremen: Die bestehenden Freiwilligendienste
132 müssen ausgebaut und durch existenzsichernde Vergütung tatsächlich allen
133 Menschen zugänglich machen; auch die Förderung für eigenverantwortliches
134 zivilgesellschaftliches Engagement muss erhalten und ausgebaut werden. Wir
135 bleiben dabei, einen Raum zu öffnen für strukturelle Lösungen, aber

136 Dienstpflichten jeder Art lehnen wir ab: Denn sie verschlimmern
137 Ungerechtigkeiten, binden dringend benötigte Kapazitäten, und wälzen
138 gemeinschaftliche Verantwortung ab auf diejenigen, die jetzt schon am meisten
139 unter den Versäumnissen der letzten Jahre leiden!

140 Quellen

141 (1) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2025): Gender
142 Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung;
143 <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gleichstellung-137294>

146 (2) Deutscher Bundestag (2024), Drucksache 20/14120: Vierter Engagementbericht
147 Zugangschancen zum freiwilligen Engagement und Stellungnahme der
148 Bundesregierung; <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/253736/dd4ef263cc3ef07-961b92a09e5e99ffc/vierter-engagementbericht-2024-data.pdf>

150 (3) Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): Vierter
151 Engagementbericht Zugangschancen zum freiwilligen Engagement Zentrale
152 Ergebnisse;
153 <https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/264738/ff6cd5914000bdb0b7d5c924012cee1-8/vierter-engagementbericht-barrierefrei-deutsch-data.pdf>

155 (4) BertelsmannStiftung (2024): Mehr Engagement junger Menschen ist möglich -
156 wenn sie sich ernst genommen fühlen; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/dezember/mehr-engagement-junger-menschen-ist-moeglich-wenn-sie-sich-ernst-genommen-fuehlen>

159 (5) Bündnis 90/Die Grünen (2025): Zusammen Wachsen – Regierungsprogramm 2025, S.
160 111,
161 https://cms.gruene.de/uploads/assets/20250318_Regierungsprogramm_DIGITAL_DINA5.pdf

163 (6) <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2025-08/wehrpflicht-frauen-friedrich-merz-bundeswehr-feminismus>

Unterstützer*innen

Désirée Schwindenhammer (KV Bremen-Mitte); Sebastian Illigens (KV Bremen-Mitte); Vittoria Helzer (KV Bremen Links der Weser (LdW); Hendrik Pröhl (KV Bremen Links der Weser (LdW)